



Der ländliche Raum – Stiefkind der Bayerischen Landespolitik

Von Heinrich Schmidt,
Mitglied im FW-Landesvorstand

Bayern ist ein Flächenstaat. Der ländliche Raum prägt mit seinem hohen Bevölkerungsanteil, seinen kulturellen und naturräumlichen Besonderheiten, seiner mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur und der größtenteils kleinbäuerlichen Land- und Forstwirtschaft wesentlich das Bild Bayerns.

Der ländliche Raum nimmt 85 Prozent der Landesfläche ein. Er ist Lebensraum und Heimat für rund 60 Prozent der bayerischen Bevölkerung. Sieben Millionen Einwohner leben in einer dezentralen Siedlungsstruktur in einer Vielzahl von Weilern, Dörfern sowie kleinen und mittelgroßen Städten. 3,5 Prozent der Beschäftigten sind in der Land- und Forstwirtschaft und in der Fischerei tätig. Direkt und indirekt hängt jeder achte Arbeitsplatz in Bayern mit der Landwirtschaft zusammen. Das heißt: Die Mehrzahl der Menschen im ländlichen Raum arbeitet zwar nicht direkt in der Landwirtschaft, ist aber nach wie vor eng mit dieser verbunden. Diese ländlichen Gebiete bestimmen die wirtschaftliche Leistungskraft unseres Landes wesentlich mit. Sie sind Standort vor allem vieler kleiner und mittelständischer Unternehmen, die innovativ und erfolgreich arbeiten. 53 Prozent des gesamt-bayerischen Bruttoinlandsprodukts werden überwiegend in ländlich strukturierten Regionen erwirtschaftet. Diese Zahlen sprechen für sich.

Die staatstragende Partei in Bayern bezeichnet die Entwicklung des ländlichen

Raums als Erfolgsgeschichte. Bereits in den siebziger Jahren hatte man im Landesentwicklungsprogramm unter dem Motto „Das Land halten“ eine Vorlage geliefert, um das flache Land nachhaltig zu stärken. Doch was ist daraus geworden? Mit Anfangselan wurden in diesen Jahren zwar viele Projekte angegangen, aber das Engagement flachte bald ab. Die damals gesteckten Ziele wurden nicht annähernd erreicht. Im Gegenteil: Immer mehr staatliche Mittel wurden in den Ballungsräumen verbraucht. Für den ländlichen Raum blieb nicht mehr viel übrig. Wenn die Entwicklung des ländlichen Raums wirklich eine große Erfolgsgeschichte darstellt, wie behauptet wird, dann muss man sich unweigerlich fragen, warum heute so viele junge Menschen in die Ballungsräume abwandern. Die Antwort ist leicht zu geben: Vor allem deshalb, weil sie keinen Ausbildungsplatz oder keinen Arbeitsplatz auf dem Lande mehr finden.

Die Schere zwischen Ballungsräumen den ländlichen Regionen klappt immer weiter auseinander

Das neue Programm der Staatsregierung ist kein Konzept zur Entwicklung der ländlichen Räume, sondern bestenfalls eine Absichtserklärung. In der jetzigen Form ist das „Programm“ geeignet, darüber hinwegzutrotzen, dass alles so weitergeht wie bisher. Dann aber ist es bald zu spät und unsere ländlichen Räume in Bayern werden noch

weiter abgehängt. Die Schere zwischen wohlhabenden Ballungsräumen und der von Abwanderung bedrohten ländlichen Regionen klappt immer weiter auseinander. Die Anstrengungen für den Erhalt wohnortnaher Schulen, für eine spürbare Behördenverlagerung, für den Ausbau der medizinischen Versorgung und der Telekommunikationsnetze sowie zur Stärkung erneuerbarer Energien sind viel zu gering. Vor allem in den letzten Jahren wurde in Bayern der ländliche Raum stark vernachlässigt. Dies spiegelt sich in der Bevölkerungsentwicklung und im Staatshaushalt wider.

Ich möchte dies anhand einiger Beispiele belegen. Für Zwecke der regionalen Wirtschaftsförderung standen zur Verfügung:

- 2003: 77 Millionen €
- 2004: 70,5 Millionen €
- 2005: 47 Millionen €
- 2006: 50 Millionen €
- 2007: 52,5 Millionen €

Für die Dorferneuerung, eines der besten Instrumente für ländliche Entwicklung, standen und stehen im Staatshaushalt zur Verfügung:

- 2003: 32,2 Millionen €
- 2004: 23,8 Millionen €
- 2005: 20 Millionen €
- 2006: 19,5 Millionen €
- 2007: 21,25 Millionen €

Im Doppel-Haushalt 2007/08 ist gerade der ländliche Raum nochmals beträchtlich geschröpft worden. So sind die Haushaltsansätze für sämtliche landwirtschaftlichen Umweltprogramme zurückgefahren worden. Das gilt insbesondere für das Kulturlandschaftsprogramm (KULAP), die Ausgleichszulage und den Vertragsnaturschutz. So fehlen aufgrund der Kürzungen der EU, die von Bayern nicht ausgeglichen wurden, beim KULAP-Programm rund 40 Millionen Euro, bei der Ausgleichszulage 35 Millionen Euro und beim Vertragsnaturschutz 23 Millionen Euro. Folge dieser Politik wird sein, dass immer mehr kleine und mittlere bäuerliche Betriebe aufgeben müssen und damit Arbeitsplätze im ländlichen Raum Bayerns verloren gehen. Dadurch ist unsere gewachsene Kulturlandschaft langfristig gefährdet.

Es gibt anscheinend keinen bayerischen Weg mehr

Früher gab es in der Politik für Landwirtschaft und ländliche Räume einen so genannten „bayerischen Weg“, der durch Eigenständigkeit gekennzeichnet war und die bäuerliche Landwirtschaft in den Mittelpunkt stellte. Derzeit ist kein bayerischer Weg mehr zu erkennen. Vielmehr ist festzustellen, dass

- im neuen Agrarwirtschaftsgesetz für Bayern von bäuerlicher Landwirtschaft keine Rede mehr ist,
- Bayern bei der Umsetzung der neuen EU-Verordnung für die Ländliche Entwicklung (ELER) hinterher hinkt und keine klare Linie erkennen lässt,
- in der ländlichen Entwicklung ein Zuständigkeitswirrwarr zwischen Landwirtschafts-, Umwelt- und Wirtschaftsministerium besteht,
- Bayern weniger Mittel für die ländliche Entwicklung 2007 und 2008 zur Verfügung stellt im Vergleich zur Periode 2000-2006,
- * das Programm der Staatsregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume geprägt ist von Eigenlob und neuen Versprechungen. Es hat offenbar den einzigen Zweck, den Eindruck zu erwecken, als sei in Bayern alles in Ordnung. Einer solchen Darstellung muss man klar widersprechen.

Die Land- und Forstwirtschaft prägen in Bayern den ländlichen Raum

Besonders in Bayern sind ländliche Räume mit ihren Funktionen als Lebensraum, Arbeitsraum und Naturraum unverzichtbare Grundlage gesellschaftlicher Entwicklung und Daseinsfürsorge. Dem muss der Staat auch in seinem Haushalt Rechnung tragen. Es müssen dringend Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft und des ländlichen

Raums ergriffen werden, und zwar unter Berücksichtigung

- der demographischen Veränderungen,
- des wirtschaftlichen Strukturwandels,
- der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen und
- der ökologischen Herausforderungen.

Politik für die ländlichen Räume ist auch der Erhalt einer flächendeckenden Landbewirtschaftung. Sie ist das Rückgrat einer Politik zum Erhalt der Lebensqualität der Menschen in diesen Gebieten.

Die Zukunft liegt auch in erneuerbaren Energien und Informationstechnologien. Parallel zu den Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur wird eine Verknappung des Energieangebotes auf uns zukommen. Die ländlichen Gebiete sind in besonderem Maße durch steigende Betriebs- und Transportkosten, durch das Pendeln zu den Arbeitsplätzen und verursachte Kosten sowie durch Produktionskosten, insbesondere in der Land- und Forstwirtschaft, betroffen. Deshalb sind zwei wirtschaftliche Entwicklungen wichtig, die besondere Chancen für die ländlichen Räume schaffen: Die Veränderungen in der Energieversorgung und die Fortschritte in der Informationstechnologie. Wer die Entwicklung der ländlichen Räume ernst nimmt, muss die Einführung erneuerbarer Energien auch in Bayern noch mehr beschleunigen. Sonnenenergie und vor allem die Biomasse können für Landwirte ein zweites Einkommensstandbein werden. Dabei ist es wichtig, dass die Landwirte nicht nur Zulieferer von Rohstoffen sind, sondern ihnen selbst die Wertschöpfung aus Anbau, Verarbeitung und Dienstleistung zugute kommt. Die Fortschritte in der Informationstechnologie bieten eine große Chance für den ländlichen Raum. Sie bieten eine Möglichkeit, Dienstleistungen und Standort zu entkoppeln. Wir fordern deshalb, dass alle ländlichen Regionen an die Datenautobahn angeschlossen werden.

Erneuerbare Energien als Chance für den ländlichen Raum

Das von der Staatsregierung beschlossene und vorgelegte „Programm für Bayerns ländlichem Raum“ liefert in der Analyse zwar größtenteils gute Ansätze, bleibt aber beim Erkenntnisgewinn und vor allem bei der Umsetzung weit hinter den Erfordernissen zurück. Dies beginnt beim Leitprinzip „Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen“, wie es sich aus dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes ableitet. So richtig dieses Prinzip ist, so falsch ist die Aussage des aufgestellten Programms, dieses Prinzip sei in Bayern „weit-

gehend verwirklicht“. Alle Indikatoren wie verfügbares Einkommen, Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit, kommunale Investitionskraft, Bildungs- und Ausbildungsangebote, schulische Abschlüsse, öffentlicher Verkehr, Arbeitsplätze, Gesundheitszustand und viele andere belegen: Die Schere zwischen den Ballungsräumen und den entfernt gelegenen Landkreisen klafft immer weiter auseinander.

Auch der Agrarbericht spricht eine deutliche Sprache. So hat sich die Bevölkerung in den letzten 20 Jahren zwar in den Landkreisen insgesamt um 17,4 Prozent erhöht, doch sind die Gewinner vor allem rund um die Ballungsräume München, Nürnberg-Fürth-Erlangen, Augsburg, Regensburg und Ingolstadt zu finden. Deutliche Nachteile gegenüber dem Landesdurchschnitt haben die grenznahen Landkreise in Oberfranken, der Oberpfalz, Niederbayern und Unterfranken. Leicht unter dem Schnitt liegen außerdem das westliche Mittelfranken sowie der Alpenraum. Dieser Zustand erscheint der Staatsregierung offensichtlich unabänderlich. So prognostiziert sie für die Ballungsräume auch für die nächsten zehn Jahre leichte Bevölkerungszugewinne (vor allem durch Zuzug), während die jetzt schon gebeutelten Grenzlandkreise weiter um bis zu zehn Prozent ihrer Einwohner verlieren werden. Etwas anderes kann man auch nicht erwarten. Schließlich klopft sich die Staatsregierung selbst auf die Schulter und lobt sich in einem einhundertseitigen Programm für eine Politik, die nachweislich den ländlichen Raum gegenüber den Ballungsräumen vernachlässigt hat.

Ein Umdenken ist aber auch in anderen Bereichen zwingend erforderlich, die den ländlichen Raum schwächen. Beispiele sind

- bei der Schulpolitik: Keine Schulerperimente mehr und wohnortnahe Schulstandorte erhalten. In letzter Zeit diskutiert man wenigstens über die lang verschmähte Ganztagschule,
- bei der Kinderbetreuung: Sicherung der Kindertagesstätten und Einrichtung neuer Ganztagsangebote,
- beim Öffentlichen Nahverkehr: Förderung der Entwicklung von attraktiven Nahverkehrsangeboten,
- bei der Krankenhausversorgung: Im Krankenhausgesetz und im Landesentwicklungsprogramm ist die flächendeckende Krankenhausversorgung nicht mehr als Ziel aufgeführt. Jetzt steht dieses Ziel wieder im Programm ländlicher Raum. Das ist reine Irreführung.
- bei Natur- und Landschaftspflege durch die Landwirtschaft: Die erfolgreichen Programme KULAP, Ausgleichzulage und

Vertragsnaturschutz werden ausgedünnt. Die Staatsregierung verweigert den Ausgleich der wegfallenden EU-Mittel.

- bei den erneuerbaren Energien: Bessere und unbürokratische Förderung erneuerbarer Energien.
- bei der regionalen Wirtschaftsförderung: Die Landesmittel für die regionale Wirtschaftsförderung müssen wieder aufgestockt werden.
- bei der Investitionskraft der Landgemeinden: Die Kommunen im ländlichen Raum brauchen staatliche Unterstützung, um ein Grundangebot der Daseinsvorsorge bereitstellen zu können.

Forderungen der Freien Wähler

Aus diesen Befunden ergeben sich die klaren politischen Forderungen der Freien Wähler:

In der regionalen Wirtschaftsförderung

- Sonderprogramm für Strukturschwache Räume im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung
- Sonderprogramm Infrastruktur (Hochbau, Abwasser, regenerative Energien)
- Sonderwirtschaftszonen
- Technologietransfereinrichtungen

Bei der Verbesserung der Lebenschancen

- Erhalt der wohnortnahen allgemein bildenden Schulen
- Erhalt des beruflichen Bildungswesens in der Fläche
- Ausbau der Ganztagsbetreuung

- Nachbesserung des Landeskindergarten-gesetzes
- Kostenlose Kinderrippen – auch im ländlichen Raum

In der Nahversorgung

- Behördenverlagerungen in strukturschwache Gebiete
- Erhalt umfassender Dienstleistungen

Bei der Verbesserung der Infrastruktur

Die Infrastruktur muss in allen Landesteilen mit einem attraktiven und preiswerten Angebot dem Bedarf angepasst werden.

Das bedeutet:

- flächendeckende Versorgung mit modernen Telekommunikationsnetzen
- Ausbau der Eisenbahnverbindungen
- Stärkung des ÖPNV und
- Ausbau der Straßenverbindungen

Beim Erhalt der Lebensqualität

- Ausstattung der Ämter für ländliche Entwicklung mit ausreichenden Mittel für die Dorferneuerung
- Ausbau und Förderung von regenerativer Energie
- Gezielte Förderung kultureller Einrichtungen im ländlichen Raum
- Förderung eines besseren Netzwerks für ambulante Pflege

Die Freien Wähler fordern ein Sonderprogramm und mehr Engagement und Geld für den ländlichen Raum. Ein Sonderprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro für die strukturschwachen Räume soll im

Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung und der sonstigen Förderprogramme den Menschen auf dem Lande zu Gute kommen. Das von den Freien Wählern vorgelegte Konzept sieht zudem den Erhalt wohnortnaher Schulen vor, auch um den drohenden Bevölkerungsschwund in den ländlichen Regionen Bayerns zu stoppen.

Die Verlagerung staatlicher Behörden in ländliche Räume und die Unterstützung von kleinen mittelständischen Betrieben muss ebenso umgesetzt werden, wie schnelle Internet-Verbindungen und Telekommunikationsnetze. Ein besonderes Augenmerk muss auf die Dorferneuerung, die Förderung erneuerbarer Energien, kulturelle Einrichtungen und medizinische Versorgung gelegt werden. Die Schere zwischen wohlhabenden Ballungsräumen und ländlichen Räumen klappt sonst immer weiter auseinander. Ländlichen Gemeinden droht deshalb auch der Kollaps, wenn jüngere Menschen in die Ballungsräume abwandern, wo sie bessere Angebote in Bildung, Ausbildung, Arbeit und Kinderbetreuung finden.

Ein altes Sprichwort sagt: „Auch der weiteste Weg beginnt mit einem ersten Schritt“. Wir Freien Wähler haben diesen Schritt getan und sind auf einem guten Weg. Wir müssen alles daran setzen, unseren Bürgerinnen und Bürgern klar zu machen, dass wir uns ehrlich und konstruktiv für sie und unsere schöne bayerische Heimat einsetzen. Dann werden wir 2008 an den Wahlurnen die verdiente Ernte einfahren können.

Der Staat darf seine Beamten nicht frustrieren

Große Übereinstimmung in ihren Positionen erbrachte das Spitzengespräch zwischen FW-Vorsitzendem Hubert Aiwanger und Kurt Rieß, dem Landesvorsitzenden des Verbandes Bayerischer Staatsverwaltungsbeamter. Rieß stellte dar, dass die Beamtenschaft mit der sich zunehmend verschlechternden Situation im öffentlichen Dienst nicht mehr einverstanden ist und vielfach großer Unmut über die Staatsregierung herrscht. Kritisiert wurde etwa die Arbeitszeitverlängerung auf 42 Stunden entgegen anderslautender Ankündigungen vor der letzten Wahl. Der öffentliche Dienst werde bei der nächsten Wahl zu einem entscheidenden Faktor.

Aiwanger vertrat die Position, dass die Freien Wähler einen funktionierenden, motivierten Beamtenapparat als Grundvoraussetzung für einen funktionierenden Staat ansehen: „Der Staat darf seine Beamten



Große Übereinstimmung in ihren Positionen stellten FW-Landesvorsitzender Hubert Aiwanger und Kurt Rieß, der Landesvorsitzende des Verbandes Bayerischer Staatsverwaltungsbeamter, fest

nicht frustrieren, sonst leidet die Arbeitsqualität und damit die ganze Bevölkerung.“ Der Einstellungsstopp und die Ausdünnung des Personals habe bei ständig zunehmender Bürokratie die Grenzen des Zumutbaren vielfach schon überschritten. Aiwanger: „Man braucht sich dann nicht zu wundern, wenn die Behörden auf eingegangene Hinweise aus der Bevölkerung nicht mehr reagieren.“ Aufgrund der politisch verursachten schlechten Rahmenbedingungen werde gutes Personal bald Mangelware, gerade auch vor dem Hintergrund der sich verschlechternden finanziellen Situation der Beamtenschaft. Die Freien Wähler sehen außerdem den Rückzug des Staates und den Trend zu Privatisierungen etwa in der öffentlichen Daseinsvorsorge und in Kontrollbereichen äußerst kritisch, da sich der Staat damit am Ende selbst jede Handlungsfähigkeit entzieht.

Wertediskussion in den politischen Lagern

– Von der Schwierigkeit der Unterscheidung –

VON VOLKER HEIDUK, 1. VORSITZENDER DES BKB

Die bayerischen Politiker rüsten wieder für das Wahljahr 2008. Landräte und Bürgermeister, Stadträte, Kreis- und Bezirkstage sowie der Landtag werden neu gewählt. In kleineren Städten und Gemeinden werden wieder eher Persönlichkeit und Profil der Kandidaten wahlentscheidend sein als in Großstädten und bei den Wahlen für die Bezirkstage und den Landtag. Hier rangieren bei den Wählern die Parteipräferenzen und die weltanschaulichen Orientierungen vor der Einschätzung der Person eines relativ unbekanntem Kandidaten.

Folglich bleiben in den stimmstarken Wahlbezirken die Unterschiede zwischen Kandidaten, Parteien und Wahlgruppen gering. In den Vordergrund rückt vielmehr neben Auseinandersetzungen über Kompetenz, Durchsetzungskraft, Verlässlichkeit zunehmend die Frage, wer dem Wähler zuviel an Reformen zumutet. Die Bürger fordern Reformen, aber nur solche, die sie nicht selbst spüren. Begleitet von dem üblichen Medienspektakel droht dabei das inhaltliche Profil nicht nur der einzelnen Kandidaten, sondern auch ihrer politischen Lager zusehends zu verblässen.

Differenzierender wirkt da schon die in den letzten Jahren immer häufiger gestellte Frage nach der Wertorientierung unserer Gesellschaft, ihrer Repräsentanten und Parteien. Die Klage über den Werteverfall in der Gesellschaft gehört pflichtschuldigst zu den Kassandrarufern jedes Wahlredners und spielt immer wieder eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Die Klage über den Werteverfall gehört zu den Kassandrarufern jedes Wahlredners

Konsequenterweise feilen Kandidaten, Parteien und Wahlgruppen im Vorfeld an Grundsatzprogrammen, an deren Ergänzungen und Aktualisierungen, an Wahlkampfplattformen und politischen Prinzipienkatalogen unter Berufung auf einen Kanon der guten alten Werte.

Nach verlustreichen programmatischen Ausflügen in Richtung Abbau des überbordenden Sozialstaates haben alle Polit-Akteure dem Wähler signalisiert: Wir haben verstanden! Gefördert wurde dieses Geständnis zusätzlich durch eine neue Linke, zunehmend rebellische Gewerkschaften und die wachsende Zahl von Globalisierungsgegnern. Es geht also politisch heute nur noch darum, unser sozialstaatliches Kon-



sensmodell zu bewahren und gleichzeitig effizienter zu gestalten. Diese Position der „Mitte“ wird von fast allen politischen Lagern vertreten, gerade so, als gäbe es die schöne Welt einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft.

Vor der Bundestagswahl 2005 hat zum Beispiel der damalige SPD-Generalsekretär Franz Müntefering in einem Positionspapier zur „Politik der Mitte in Deutschland“ den Spagat versucht und Innovation und Gerechtigkeit so dargestellt, als seien sie keine Alternativen, sondern „beides sei gleichzeitig nötig und gleichzeitig möglich und nur miteinander erfolgreich.“ Auch die etwas an Substanz leidende „Neue Soziale Marktwirtschaft“ der spätere Bundeskanzlerin suggerierte, es sei Aufgabe der Politik, „die neuen Kräfte für die Menschen zu nutzen und Markt und Menschlichkeit zusammen zu bringen.“ Das ganze mündete in einen Einheitsbrei, wonach Globalisierung ein historisch offener Prozess sei, der sowohl Chancen als auch Risiken mitbringe. Nebuloser geht es nicht mehr! Beide wollten und wollen sich in der politischen Mitte etablieren.

Bekenntnisse – ein weites Feld

Der immer wieder kehrende Tenor dieser wachsweißen Botschaften ist die Versicherung, man könne die Vorteile des internationalen wirtschaftlich und wissenschaftlich technischen Fortschritts nutzen, ohne beunruhigende Einschnitte in das vertraute gesellschaftliche Gefüge vorzunehmen. Diese vollmundigen und seltsam unwirklichen Zielbestimmungen lassen kaum noch Spielraum für inhaltliche Abgrenzungen. Es bleibt den Parteien daher nichts anderes übrig, als

zur Abgrenzung statt klassenkämpferischer Parolen Unterschiede in der Grundwertediskussion zu markieren. Je schwieriger es für die Akteure wird, die Unterschiede ihrer politischen Grundausrichtung plausibel zu machen, umso mehr weichen sie auf das weite Feld ethischer Bekenntnisse aus.

Sie versuchen dabei überwiegend positiv besetzte, möglichst unumstrittene Werteüberzeugungen mit der eigenen geschichtlichen Tradition zu verknüpfen. Wenn eine konservative Partei von einer „neuen Aktualität des christlichen Menschenbildes“ spricht, will sie an ihre ursprüngliche Wertebindung erinnern. Aber kann man überhaupt von einem einheitlichen christlichen Menschenbild reden? Gibt es nicht vielmehr ganz unterschiedliche christliche Auffassungen von der Stellung des Menschen in der modernen, säkularisierten Welt? Antworten auf diese Fragen enthalten solche Überlegungen nicht.

Die bisherigen Versuche, mit dem „Christlichen Menschenbild“ die angeblich fortschrittsoffene, pragmatische Politik einer Volkspartei gebrauchstüchtig zu machen und so zu einem besonderen ethischen Verantwortungsbewusstsein zu führen, müssen an der Beliebigkeit scheitern, wenn am Ende alle Handlungsmöglichkeiten offen gelassen werden. Die Verfasser räumen dies auch ein, wenn sie folgern, dass aus christlichen Werten keine direkten politischen Handlungsanweisungen hervorgehen könnten.

Bekenntnis zur persönlichen Freiheit und zum Streben nach individueller Selbstbestimmung

Auch Politik kann der Wertediskussion ohne historische Rückbesinnungen nicht gerecht werden, vor allem dann nicht, wenn sie sich lediglich in Leitkulturen flüchtet. Die Grundwerte, die unsere Republik zusammen halten, wurden zu einem geschichtlichen Zeitpunkt formuliert, als die Menschen zuerst den schleichenden, dann den katastrophalen Zusammenbruch aller humanen Werte erlebt haben. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes, das die gelebte Grundlage unseres friedlichen Gemeinwesens in den vergangenen Jahrzehnten geworden ist, reagierten damit auf den Schock einer Diktatur, der jede humane Verbindlichkeit abhandeln gekommen war.

Sie haben sich besonnen, dass die Werte der abendländischen Gesellschaft in Jahrhunderten gewachsen sind: Aus den zehn

Geboten des Alten Testaments, aus der christlichen Lehre vom Staat, aus der Aufklärung, in der sich Glaube und Vernunft zu einigen versuchten, bis zu den Freiheitsrechten der französischen Revolution und den Menschenrechtserklärungen in den Vereinigten Staaten. Sie wussten aber auch, dass diese abendländischen Werte keine Selbstverständlichkeit sind, sondern ein kulturelles Schutzschild gegen die Abgründe unserer menschlichen Natur. Aus diesen Gedanken haben sie den ersten Satz unseres Grundgesetzes formuliert:

„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und dem Menschen, ...“.

Objektiv betrachtet leiten sich z.B. aus dem „christlichen Menschenbild“ der CDU/CSU letztlich keine anderen ethischen Maximen ab, als die, die auch von den übrigen demokratischen Gruppierungen für verbindlich gehalten werden:

Das Bekenntnis zur persönlichen Freiheit und zum Streben nach individueller Selbstbestimmung, zusammen mit der Übernahme von Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft und dem Schicksal kommender Generationen.

Weltanschauliche Einmütigkeit

Die Grünen wollen dies mit dem Gebot der Nachhaltigkeit sicherstellen – ein Leitbegriff, der mittlerweile bei allen politischen Konkurrenten Einzug gehalten hat. Die Sozialdemokratie fordert „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ und leitet diesen Wertekatalog aus dem Erbe der europäischen Aufklärung her. Nicht einmal die FDP, deren Liberalismus oft als Plädoyer für einen ungezügelter Individualismus aufgefasst wird, weicht von diesem Schema ab. Sie formuliert: „Freiheit ist nicht Egoismus, Freiheit ist Verantwort-

ung“. Sie schließt für viele erstaunlich, ähnlich der Grünen Denkweise sogar, die Forderung nach einer „ökologischen Marktwirtschaft“ mit ein. Selbst die neue Linke scheut sich nicht, ihre Zukunftsvision einer sozialistischen Gesellschaft jeweils mit einem Wertekatalog untermauern, der verfassungskonform durchaus von politischen Gegnern unterschrieben werden könnte.

Die ethischen Selbstfindungsversuche der Parteien künden von einer wachsenden weltanschaulichen Einmütigkeit und damit von einem übergreifenden Konsens. Trotzdem erfüllen sie eine wichtige Funktion. Mit ihrem Bekenntnis zu den Werten signalisieren die Parteien den bröckelnden Stammwählerschaften, dass ihre Politik in Kontinuität zu historisch tiefwurzelnden weltanschaulichen Überzeugungen der Bevölkerung steht. Man gibt den potentiell neuen Mitgliedern und Wählerschichten damit zu verstehen, dass deren eigene ethische Vorstellungen bei der jeweiligen Partei gewahrt werden. Werte in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung zu stellen, wirkt zwar anspruchsvoll, fordert aber den geringsten politischen Reibungsverlust. Den Wählern aber erleichtert sie mit dieser politischen Weichzeichnung die Entscheidung nicht.

Freie Wähler als Individualisten

Die Freien Wähler waren wohl noch vor den Grünen und vor ihrer ersten Teilnahme an einer Landtagswahl die Avantgardisten einer neuen Entwicklung. Beharrlich haben sie, aus den kleinen ländlichen Gemeinden kommend, ihre Überzeugung verbreitet, dass es nicht auf Parteiprogramme, Wahlkampfplattformen und die Lippenbekenntnisse in Wertedebatten ankomme, sondern auf die in der Familie, im Beruf und in der

Gesellschaft gereifte Persönlichkeit und ihre Bereitschaft, an sachbezogenen Lösungen mitzuwirken. Ihr Aufstieg und ihre zunehmende Bedeutung in vielen Bundesländern beweisen, dass diese Denkweise einer Erneuerung der Demokratie von unten so verfehlt nicht sein kann. Sie ist allerdings nicht geeignet, den hinter ihnen stehenden Landes-Apparaten, sei es dem Landesverband der Freien Wähler, sei es der FW-Wählergruppe politische Macht nach Art der Parteien zu verschaffen, die soweit gehen könnte, dass vorformulierte Programme, Wahlkampfprinzipien oder Wahlkampfplattformen zur allein bestimmenden Richtschnur für den individualistischen Freien Wähler werden könnten. Insofern gehen scheinbar die Spuren einer Austrocknung der traditionellen sozialen und politischen Milieus, wie sie Gewerkschaften, Sportvereine, Kirche oder Parteien beklagen, scheinbar wundersam folgenlos an ihnen vorüber.

Während die Parteien versuchen, in immer größeren ideologischen Spagaten die Fliehkräfte einer in Partikularinteressen zerfallenden Gesellschaft zu bündeln, entscheiden die Freien Wähler in der täglichen politischen Praxis nach ihrem eigenen, im Laufe ihrer persönlichen Entwicklung an der Verfassung geschultem Wertesystem und das ausschließlich in eigener Verantwortung ohne Fraktionszwang. Das geschieht ohne das Korsett wirklichkeitsferner Programme und ideologischer Plattformen, aber mit einem Pragmatismus, der fest im Grundgesetz verankert ist. Damit fehlt uns eindeutig das klassische Merkmal unserer landespolitischen Mitbewerber. Einige unserer Mitglieder bedauern das. Aber wer weiß, vielleicht sind wir gerade deshalb zukunfts- und erfolgsorientierter als viele glauben.

Manfred Boesler feierte 80. Geburtstag

Bei bester Gesundheit konnte das Ehrenmitglied des FW-Kreisverbandes Nürnberger Land, Manfred Boesler, im Kreise seiner Familie und einer Abordnung der Freien Wähler seinen 80. Geburtstag feiern.

Als stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes der Freien Wähler überbrachte Hartensteins Bürgermeister Werner Wolter dem Ehrenmitglied die besten Glückwünsche und überreichte ein Präsent. Im Namen des Ortsverbandes Alfeld gratulierte 1. Vorsitzender Uwe Blöchinger dem Ehrenvorsitzenden und überreichte einen Geschenkkorb. Der Jubilar hat den Ortsverband mit gegründet und war 30 Jahre lang dessen 1. Vorsitzender. Die Entwicklung des Ortsverbandes wurde durch ihn nachhaltig geprägt.



Bei bester Gesundheit feierte Jubilar Manfred Boesler (in der Bildmitte mit Gattin) zusammen mit einer Abordnung der Freien Wähler seinen 80. Geburtstag

Bezirksversammlung und Bürgermeistertreffen der Freien Wähler in Bergtheim

35 PROZENT ALLER BÜRGERMEISTER IN UNTERFRANKEN GEHÖREN DEN FREIEN WÄHLERN ODER WÄHLERVEREINIGUNGEN AN

Von Dr. Hans Jürgen Fahn, FW-Bezirksvorsitzender Unterfranken



Auf die Wahlen 2008 stimmten sich die unterfränkischen Freien Wähler auf ihrer Bezirksversammlung in Bergtheim ein

Der neue Landesvorsitzende der Freien Wähler Hubert Aiwanger und der stellvertretende Präsident des Bayerischen Gemeindetages Josef Mend waren die Hauptredner bei der Bezirksversammlung der Freien Wähler in Bergtheim (Landkreis Würzburg). Aiwanger versuchte die Delegierten von der erneuten Teilnahme an der Landtagswahl zu überzeugen. Außerdem gehe es darum, die Einmanddemokratie in Bayern endlich zu beenden und dies sei nur mit den Freien Wählern möglich.

Aiwanger nannte die wichtigsten Themen für die Freien Wähler in den nächsten Monaten: die Bildungspolitik, der ländliche Raum, die Familien und die kommunale Selbstverwaltung. Insbesondere die Hauptschule müsse gestärkt werden. Und der Landesvorsitzende ergänzte: „Wenn von 100 Schulabgängern nur jeder vierte einen Ausbildungsplatz erhält (wie zum Beispiel im Landkreis Hof), dann ist in diesem Staat etwas faul“. Natürlich müssen die Freien Wähler die Kommunen stärken, denn wenn diese nicht mehr funktionieren, stimme auch das persönliche Umfeld des Einzelnen nicht mehr.

Mend: Bezirksumlage senken

Der Bürgermeister von Iphofen, Josef Mend, nannte die Schwerpunkte künftiger Gemeindepolitik:

- Junge Menschen und Familien am Ort halten und neue hinzugewinnen
- Verstärkte Betreuung und Bildung von Kindern und Jugendlichen
- Aktive Seniorenpolitik
- Interkommunale Zusammenarbeit weiter ausbauen

Josef Mend plädierte eindringlich für mehr Mandate (2003 erreichten die Freien in Unterfranken 9,2 Prozent der Stimmen und zwei Sitze) der Freien Wähler bei der nächsten Bezirkstagswahl 2008. Nur dadurch könne sichergestellt werden, dass stärkeres wirtschaftliches Handeln verlangt wird. Bezirkseinrichtungen, die unwirtschaftlich sind, dürfen nicht fortgeführt werden. Ausschließlich wirtschaftliches Handeln und klare Verwaltungsstrukturen garantieren eine Senkung der Bezirksumlage und dadurch eine Entlastung der Kommunen.

Das Bürgermeistertreffen in Bergtheim nahm der Bezirksvorsitzende Dr. Hans Jür-

gen Fahn (Erlenbach) zum Anlass, einige statistische Daten bekannt zu geben. Derzeit haben die Freien Wähler in Unterfranken 86 Bürgermeister; dies sind bei den 304 Gemeinden 28 Prozent. Nimmt man allerdings noch die Bürgermeister der verschiedenen Wählergruppen dazu, die nicht im Landesverband organisiert sind, dann erhöht sich diese Zahl auf 35 Prozent.

Spitzenreiter sind die Landkreise Kitzingen mit 18 FW-Bürgermeistern, gefolgt von Rhön-Grabfeld mit 16 und dem Landkreis Main-Spessart mit 13 FW-Bürgermeistern. Dr. Fahn analysierte auch die Wahlen in Unterfranken im Jahre 2006 und bilanzierte, dass hier die Freien Wähler gestärkt hervorgegangen seien. Die Wiederwahl von Tamara Bischof im Landkreis Kitzingen mit 97,63 Prozent sei sicherlich das absolute Highlight gewesen.

In der Bezirksversammlung stellte sich auch die neu gewählte Bürgermeisterin Ingrid Krammer aus Gerolzhofen vor und erläuterte ihr Erfolgskonzept. Ideen erfolgreicher Kommunalpolitik stellten auch die anwesenden Bürgermeister vor.

10 Jahre Ortsverband Freie Wähler Adelsdorf



Zahlreiche Gründungsmitglieder konnte FW-Landesvorsitzender Hubert Aiwanger (3.v.r.) beim zehnjährigen Jubiläum der FW Adelsdorf ehren

Die Ehrung der Gründungsmitglieder des Freien Wähler Ortsverbandes Adelsdorf durch den FW-Landesvorsitzenden Hubert Aiwanger stand im Mittelpunkt der Feier zum zehnten Geburtstag der Freien Wähler Adelsdorf (Lkr. Erlangen-Höchstädt). Ortsvorsitzender Günter Brehm konnte neben vielen anderen Gästen auch den Bürgermeister von Höchststadt an der Aisch, Gerald Brehm, begrüßen. Gemeinderat Karsten Fischkal moderierte durch den Abend.

Mit ihren vier Räten konnten die Freien Wähler die jahrzehntelange Vorherrschaft der CSU im Gemeinderat brechen. Auch bei den Bürgermeisterwahlen wurden hervorragende Ergebnisse erzielt. Mit Karsten Fischkal können die Freien Wähler auch für 2008 wieder einen aussichtsreichen Kandidaten in die Bürgermeisterwahl schicken.

U.W.G./FW Veitshöchheim feiert 20-jähriges Jubiläum



Mit Gästen aus dem gesamten Landkreis feierten Veitshöchheims Freie Wähler ihren 20. Geburtstag

„Das Leben wird nach vorne gelebt und nach rückwärts verstanden“ stellte der FW-Ortsvorsitzende Alfons Pfannes in seinen Eingangsworten zur Feier des 20-jährigen Gründungsjubiläums der U.W.G./FW Veitshöchheim (Lkr. Würzburg) fest. In ihren Grußworten hoben der Bürgermeister der Gemeinde Veitshöchheim, Rainer Kinzkofer, und der stellvertretende Landrat Heinrich Freiherr von Zobel für die Freien Wähler im Kreis Würzburg die Bedeutung des Ortsvereins im kommunalpolitischen Spektrum heraus. Unter Anwesenheit zahlreicher Bürgermeister und Kommunalpolitiker aus dem Landkreis wurden schließlich 24 Gründungsmitglieder geehrt.

50 Jahre Freie Wähler Mammendorf



Verdiente Mitglieder der Freien Wähler Mammendorf freuten sich über die von der oberbayerischen Bezirksvorsitzenden Eva Gottstein vorgenommenen Ehrungen sowie die Glückwünsche des Ortsvorsitzenden Stefan Bauer (stehend ganz links) und des Kreisvorsitzenden Michael Leonbacher (stehend ganz rechts).

Rund 70 Gäste feierten mit den Freien Wählern Mammendorf (Lkr. Fürstenfeldbruck) das 50-jährige Vereinsjubiläum. Seit 1956 gestalten die Freien Wähler Mammendorf die Entwicklung der Gemeinde mit. Seit 30 Jahren stellen sie den 2. Bürgermeister und haben stets verantwortungsvolle Ratsmitglieder in den Ausschüssen sowie als Referenten gestellt.

Die Jubiläumsfeier wurde zu einem großen Erfolg. Die Bezirksvorsitzende von Oberbayern, Eva Gottstein nahm die Ehrung verdienter Mitglieder vor. Vorsitzende aus den Nachbargemeinden gaben sich ein Stelldichein und erwähnten immer wieder die gelungene Festveranstaltung. Den Höhepunkt stellte wohl ein vom stellvertretenden Ortsvorsitzenden Werner Zauser geführtes Interview mit dem Gründungsmitglied Anton Aumüller, dem ehemaligen Gemeinderatsmitglied und 2. Bürgermeister Hans Dobner sowie dem derzeitigen 2. Bürgermeister Erwin Wieser dar. Statt einer langwierigen Laudatio wurden hier Anekdoten aus den zurückliegenden Gemeinderatsjahren „aufgewärmt“.

Immer aktuell informiert

Wollen Sie schnell und unmittelbar über das Geschehen bei den Freien Wähler Bayern informiert werden? Möchten Sie regelmäßig die neuesten FW-Pressemitteilungen in Ihrem Postfach finden? Dann schicken Sie bitte eine kurze Email an die FW-Landesgeschäftsstelle (gstelle@freie-waehler.de) mit Nennung Ihres Namens, ihres Ortsvereins sowie Ihrer Emailadresse. Dann erhalten auch Sie wie bereits viele Freie Wähler alle FW-Neuigkeiten per Email.

Besuchen Sie den Internetauftritt der Freien Wähler Bayern:
www.fw-bayern.de

Seminare 1/2007

Mai

5.5.	Samstag	Kaim, Rhetorik Teil I	Niederbayern/Osterhofen
5.5.	Samstag	Pfeiffer/Taubmann/Thiem, Kommunalpolitischer Tag Mittelfranken	Mittelfranken/Oberasbach
11.5.	Freitag	Dr. Mayer-Leixner, Kommunale Geoinformationssysteme u. deren Beitrag zur komm. Vermögensbewertung	Oberbayern/Ismaning
11.5.	Freitag	Wamser, Wahlen 2008 – Sie kandidieren erstmals – was Sie wissen sollten	Oberfranken/Gräfenberg-Haidhof
11.5.	Freitag	Taubmann, Kalkulation von Benutzungsgebühren u. Beiträgen; besonders bei leitungsgebundenen Einrichtungen	Oberpfalz/Vilseck
11.5.	Freitag	Stallmeister, Praxis als Bürgermeister und Gemeinderat	Mittelfranken/Röttenbach
12.5.	Samstag	Kaim, Rhetorik II	Oberfranken/Thurnau
12.5.	Samstag	A. Schmitz, Rhetorik u. Gesprächsführung in der kommunalen Praxis – Kleines Seminar-	Mittelfranken/Röttenbach
21.5.	Montag	Kleiber, 1-Euro-Jobs in der Kommune – Zwangsmittel oder sinnvolle Beschäftigung?	Mittelfranken/Heilsbronn

Juni

13.6.	Mittwoch	Schneider, Dorferneuerung	Oberfranken/Großheirath
15.6.	Freitag	Wagner, Baurecht – Bayerische Bauordnung	Mittelfranken
23.6.	Samstag	Stallmeister, Erstellung eines Leitbildes-Gemeindeentwicklungsplanes	Oberpfalz
29.6.	Freitag	Taubmann, Kommunalwahl 2008 – Sie kandidieren erstmals – was Sie wissen sollten	Mittelfranken
30.6.	Samstag	M. Schmitz, Kommunen im Internet, Gestaltung u. Pflege eines Internetauftritts mit CMS	Oberbayern

Juli

6.7.	Freitag	Wamser, Kommunalwahl 2008 – Sie kandidieren erstmals – was Sie wissen sollten	Oberpfalz
6.7.	Freitag	P. Meyer, Das neue Bayerische Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz	Oberbayern
20.7.	Freitag	Wamser, Kommunalwahl 2008 – Sie kandidieren erstmals – was Sie wissen sollten	Mittelfranken/Kammerstein

Bitte beachten Sie, dass sich an unserem Seminarangebot kurzfristig Änderungen ergeben können. Die aktuelle Übersicht über die BKB-Seminare erhalten Sie auf unserer Homepage www.bkb-bayern.de. Auch alle kleinen regionalen Seminare von etwa zwei Stunden Dauer finden Sie dort verzeichnet. Selbstverständlich haben Sie die Möglichkeit, sich direkt auf unserer Homepage für ein Seminar anzumelden.